



Bundesarbeitskammer
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, Postfach 243, 6010 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22, Fax: 0800/22 55 22-1459
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com
www.ak-tirol.com

G.-Zl.: WP-2015-29212

Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Bei Rückfragen Mag. Armin Erger/Kn

Klappe 1453 Innsbruck, 02.12.2015

Betreff: Jahreswachstumsbericht 2016

Bezug: Ihr Mail vom 30.11.2015
zust. Referent: Norbert Templ

Die Analysen des Jahreswachstumsbericht 2016 schließen nahtlos an die wirtschaftspolitische Linie der Kommission in den letzten Jahren an. Völlig richtig wird die „Wiederbelebung der Investitionstätigkeit“ als eine der politischen Top-Prioritäten identifiziert. Die Konsumzurückhaltung in den Jahren seit der Krise, sowohl im privaten, wie auch im öffentlichen Sektor, haben eine Investitionslücke aufgetan, die dringend geschlossen werden muss, soll zusätzliche wirtschaftliche Dynamik in die Europäische Union gebracht werden. Trotz einer gewissen Aufweichung der politischen Widerstände, zieht die Kommission noch immer nicht die konsequenten Schlüsse aus der mangelnden Investitionstätigkeit. Denn solange in den EU-Staaten und allen voran den Staaten des Euroraumes eine undifferenzierte, restriktive Haushaltspolitik betrieben wird, sind der öffentlichen Hand selbst bei gutem Willen die Hände weitgehend gebunden. Die Einführung der schon lange geforderten „Golden Rule“ für wachstums- und beschäftigungsfördernde Investitionen ist längst überfällig.

Das Bemühen der Kommission beim diesjährigen Jahreswachstumsbericht vermehrt sozialpolitische Aspekte zu betonen darf positiv notiert werden. Wir begrüßen, dass die Kommission in der Steigerung der Reallöhne eine wichtige volkswirtschaftliche Stellgröße erkennt, zumal ein Großteil des Handelsvolumens in der EU und in der Eurozone im Binnenmarkt stattfindet. Allerdings lässt die Kommission in ihren Formulierungen zur Realloh-

entwicklung leider auch die begriffliche Schärfe vermissen. Denn die Löhne sollen nur „mittelfristig“ und „in einer geeigneten Weise“ der Entwicklung der Produktivität angeglichen werden. Hier wäre ein klareres Bekenntnis zur Wichtigkeit adäquater Entlohnung – und sei es nur aus makroökonomischen Motiven heraus – wünschenswert gewesen.

Der Zusammenhang von stabilen Arbeitsverhältnissen und der Bereitschaft, Investitionen in die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu leisten, wird im Jahreswachstumsbericht klar dargestellt. Dies kann nur bekräftigt werden. Leider lässt sich der Jahreswachstumsbericht auch bei dieser Thematik auf keine handlungsgeleiteten Aussagen ein. Es wird nur betont bzw. die Hoffnung geäußert, dass die allgemeine Entwicklung hin zu flexibleren Arbeitsmärkten die Schaffung von Arbeitsplätzen erleichtern sollte, aber auch den Übergang zu unbefristeten Verträgen. Wie dies geschehen oder durch welche flankierenden Maßnahmen dies unterstützt werden könnte, dazu liefert der Bericht leider keine Antworten.

In der Zusammenschau ergibt sich, dass einige Positionen der Vorjahre zwar durchaus auf einer verbalen Ebene aufgeweicht wurden und vermehrt soziale Belange in den Bericht Eingang gefunden haben, sich an der grundsätzlichen Positionierung der Kommission aber nur wenig geändert hat.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)